

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2146

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2146



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Für alle statt für wenige.

Wahlmanifest 2019 der SP International



FÜR EINE OFFENE, SOLIDARISCHE UND ÖKOLOGISCHE SCHWEIZ

1 Für die Weiterentwicklung verlässlicher und guter Beziehungen zur EU

- Die SP International setzt sich für die umfassende Weiterentwicklung der guten vertraglichen Beziehung der Schweiz zur EU ein. Diese brauchen ein neues Fundament. Es gibt keine Rückkehr zum alten „bilateralen“ Weg. Das institutionelle Abkommen muss in naher Zukunft fertig verhandelt und unterzeichnet werden. Weitere Verzögerungen oder gar ein Abbruch wären fatal.
- Dabei müssen ein starker Service public und insbesondere ein wirksamer Lohnschutz gewährleistet sein. Die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping dürfen nicht abgeschwächt werden. Zudem gilt es, die parlamentarische Mitwirkung im Vorfeld der dynamischen Rechtsübernahme und der Streitbeilegung auszubauen. Ob diese Ziele durch Gespräche mit der EU oder mittels Umsetzungsgesetzgebung im Inland erreicht werden, ist letztlich zweitrangig.
- Das Demokratiedefizit, das die bilateralen Beziehungen kennzeichnet, muss durch ein volles Mitentscheidungsrecht abgelöst werden. Eine soziale Schweiz gibt es nur in einem sozialen Europa. Sie soll sich in und mit der EU für ein starkes und soziales Europa einsetzen.

2 Durch Personenfreizügigkeit und Bewegungsfreiheit eine weltoffene Schweiz stärken

- Die Personenfreizügigkeit ist eine grossartige Errungenschaft der Arbeitnehmenden. Mit der neuen Entsenderichtlinie hat die EU den Grundsatz gestärkt, dass gleichwertige Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn erhält. Die SP international setzt sich mit ihren Partnern dafür ein, dass dieser Grundsatz nun europaweit wirksam durchgesetzt wird.
- Statt Personal aus dem Ausland abzuwerben, muss die Schweiz sehr viel mehr in die Ausbildung ihrer eigenen Fachleute investieren und dafür sorgen, dass Frauen, über 50jährige und in der Schweiz ansässige MigrantInnen verstärkt am Arbeitsmarkt teilnehmen können – dank einer Bildungsoffensive, mehr Krippen, neuen Arbeitszeitmodellen und Diplomanerkennung.
- Die Schweiz braucht endlich einen wirksamen Diskriminierungsschutz mindestens auf EU-Niveau. Dazu gehören staatliche und nichtstaatliche Massnahmen und Projekte zur Förderung der Gleichbehandlung und gegen Fremdenhass, Ausgrenzung und Sündenbockdenken. Niemand darf insbesondere wegen des Geschlechts, der ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit, der Sprache, des Alters, der Religion, der sexuellen Orientierung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der sozialen Herkunft, des Lebensstils oder einer Behinderung nachteilig behandelt werden.
- Dank Schengen können heute in Europa täglich Millionen von Menschen die Landesgrenzen frei von bürokratischen Schikanen überschreiten. Diese gesamteuropäische Bewegungsfreiheit gilt es zu erhalten und auszubauen. Die Sicherheit muss unter Wahrung der Grundrechte gewährleistet werden.

3 Für Klimaschutz, eine soziale und ökologische Globalisierung – gegen Steuerdumping

- Die Schweiz muss ihre Anstrengungen vervielfachen, um der Klimaüberhitzung entgegenzuwirken und die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.
- Die Schweiz soll nur noch Wirtschaftshandelsabkommen abschliessen, die ein Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit mitsamt partizipativen Verfahren zu deren wirksamen Durchsetzung enthalten.
- Unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse aus armen in reiche Länder sind viel umfangreicher als die öffentliche Entwicklungshilfe in die Gegenrichtung. Korruption, Geldwäsche und Steuerschlupflöcher müssen endlich konsequent bekämpft werden.

4 Mehr internationale Solidarität – die UNO Agenda 2030 tatkräftig umsetzen

- Die Schweiz muss ihre Anstrengungen zur Umsetzung der UNO Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vervielfachen. Alle Staaten haben sich zur Agenda 2030 bekannt. Die Schweiz tut bisher viel zu wenig, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, um die vereinbarten Nachhaltigkeitsziele fristgerecht zu erreichen.
- Die Schweiz soll mit Blick auf die wachsende Zerstörung der Globalen öffentlichen Güter (Klima, Frieden, Kontrolle ansteckender Krankheiten usw.) ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anheben und dafür innovative neue Finanzierungsquellen erschliessen.
- Die Schweiz soll ihr Engagement in der UNO ausbauen, ihre Kandidatur für einen Sitz im Sicherheitsrat aktiv verfolgen und zu dessen Reform beitragen.
- Die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte bilden den Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und sollen jedem Individuum voraussetzungslos zustehen. Namentlich die Gleichstellung von Mann und Frau muss weltweit intensiviert werden.
- Die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer darf nicht zu einem Ausbau der Festung Europa und einem repressiven Asylregime führen. Wer Flüchtlingen hilft, darf nicht kriminalisiert werden. Die Schweiz darf sich nicht hinter ihrer geographischen Binnenlage verstecken. Vielmehr muss sie die europäische Solidarität mit den Mittelmeeranrainerstaaten stärken und dazu beitragen.
- Wir wollen den Frieden durch die Schaffung gerechter Verhältnisse und durch soziale und nachhaltige Entwicklung unter demokratischer Mitwirkung aller fördern, denn ohne Entwicklung gibt es keinen Frieden und keine Sicherheit. Gleichzeitig wissen wir, dass es ohne Frieden und Sicherheit keine Entwicklung gibt. Wir wollen zu beidem beitragen und uns der Verantwortung für wirksamen Schutz vor Gewalt nicht verweigern.

FÜR DIE STÄRKUNG DER FÜNFTEN SCHWEIZ

5 Eine eigene politische Vertretung der „fünften Schweiz“ schaffen

- Die „fünfte Schweiz“ soll einen eigenen Wahlkreis bilden und in der Schweiz eigenständig repräsentiert sein. Sie sollen im National- und Ständerat direkt vertreten sein.

- Die Mitglieder des AuslandschweizerInnenrates sind durch Direktwahl zu bestimmen. Zudem sollen sie Anspruch auf eine angemessene Spesenentschädigung erhalten – es gibt keine Demokratie zum Nulltarif.
- Um die Beteiligung aller Stimmberechtigten im Ausland zu ermöglichen, ist eine rasche, gross angelegte Einführung eines sicheren Systems von Vote électronique (E-Voting) erforderlich.

6 Den konsularischen Service public ausbauen

- Stopp dem Abbau des konsularischen und diplomatischen Aussennetzes: Namentlich in Regionen mit vielen AuslandschweizerInnen und in Herkunftsregionen der in der Schweiz wohnhaften MigrantInnen dürfen keine weiteren Konsulate mehr geschossen werden.
- Für einen besseren konsularischen Service Public, auch mittels bürgerfreundlicher E-Government-Lösungen und mehr Zusammenarbeit mit EU-Aussenstellen.

7 Die Beibehaltung von Bankbeziehungen in der Schweiz muss gewährleistet werden

- Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sollen von jedem Wohnsitzland aus zu angemessenen Bedingungen Zahlungen in der Schweiz vornehmen und grenzüberschreitende Transaktionen im Zusammenhang mit Altersrenten, Krankenkassen und Immobilien in der Schweiz tätigen können. Die damit verbundenen Kosten soll der Bankensektor gemeinsam tragen.

8 Hochstehende Schweizer Bildung im Ausland auf sozialer Grundlage vermitteln

- Schweizerschulen sollen kein Ghetto bilden, sondern als Begegnungsschulen für alle offenstehen und einen sozialen Auftrag erfüllen, indem auch Kinder aus weniger bemittelten Familien aufgenommen werden. Kinder aus der Schweiz und aus dem Gastland sollen gemeinsam von schweizerischen und einheimischen Lehrkräften unterrichtet werden.
- Die schweizerische Bildungspräsenz im Ausland soll insgesamt gestärkt und nachhaltige, grenzüberschreitende Bildungsnetzwerke geknüpft werden.

9 Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

- Das Netz der Sozialversicherungsabkommen muss noch enger geknüpft werden. Nur weil sich die Sozialsysteme unterscheiden, darf es keine Einbussen bei den Leistungen geben.
- AuslandschweizerInnen mit Wohnsitz in Staaten ohne obligatorische Krankengrundversicherung sollen sich freiwillig bei einer Schweizer Krankenkasse versichern können. Wer aus persönlichen oder beruflichen Gründen wiederholt das Land wechselt und zwischendurch in der Schweiz lebt, soll dennoch dauerhaft in der gleichen Krankenkasse versichert sein.
- Die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung ist auch im Bereich der AHV-IV weiter auszubauen.
- Bestrebungen, das Aufenthaltsrecht von arbeitslosen AusländerInnen in der Schweiz zu beschränken, müssen gestoppt werden, weil die Gaststaaten von AuslandschweizerInnen achten in der Regel auf Gegenseitigkeit. Es darf in diesem sensiblen Bereich keine Spirale nach unten in Gang gesetzt werden.

10 Den Informationsaustausch zwischen der Schweiz und der fünften Schweiz verbessern

- Das Informationsangebot der Schweizer Revue und von Swissinfo muss in hoher Qualität erhalten bleiben.

- Die politischen Parteien müssen die Möglichkeit erhalten, auch ausserhalb des bezahlten Werberaumes mit den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in den Dialog zu treten.

Darüber hinaus unterstützt die SP International selbstverständlich die Wahlziele 2019 der SP Schweiz!
Siehe www.spschweiz.ch

Wir gestalten die Politik der Schweiz mit

Leben Sie im Ausland? Kein Problem: Treten Sie der Internationalen Sektion der SP Schweiz bei! Setzen Sie sich mit uns für die sozialdemokratischen Ideen ein. Wir sind weltweit aktiv und schaffen Verbindungen zwischen den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Schweiz und ihrer Politik. Und wir setzen uns für die «Fünfte Schweiz» ein.

Mehr als 760 000 Schweizer Bürgerinnen und Bürger leben im Ausland. Rund 182 000 von ihnen haben sich als Wählerinnen und Wähler registrieren lassen und nehmen an den Schweizer Wahlen und Abstimmungen teil. Die Stimmen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer spielen also in der Schweiz beim Gestalten von Gegenwart und Zukunft eine wichtige Rolle. Wenn es um ihre eigenen Rechte geht und auch bei aussen- und öfFnungspolitischen Fragen sind sie oft das Zünglein an der Waage.

Innerhalb der SP hat die Internationale Sektion das volle Mitbestimmungsrecht – wie jede andere Ortspartei. Wir bestimmen den Kurs der SP mit. Insbesondere bei Fragen der Aussenpolitik und beim Einsatz für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer und ihre Mitbestimmungsrechte leisten wir wichtige Beiträge, die Gehör finden. Zudem engagieren wir uns im Kulturaustausch zwischen den vier Landesteilen und dem fünften in aller Welt – innerhalb und ausserhalb der Partei.

Machen Sie in einer Antenne der SP International in Ihrer Region mit. SP Antennen gibt es in Berlin (Deutschland), Brüssel (Belgien), Tel Aviv (Israel), Paris (Frankreich) und Rom (Italien).

Nehmen Sie mit einer SP Anlaufstelle Kontakt auf in Wien (Österreich), Sofia (Bulgarien), München (Deutschland), Amsterdam (Niederlande), London und Oxford (England), Dublin (Irland), Alicante (Spanien); Buenos Aires (Argentinien), Sao Paulo (Brasilien), Managua (Nicaragua), New York (USA), Montreal (Kanada); Kapstadt (Südafrika), Serrekunda (Gambia); Hongkong, Phnom Penh (Kambodscha), Tokyo (Japan); und Sidney (Australien).

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website:
www.spschweiz.ch/international

Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen gehören in den Nationalrat:

- o Sie nehmen die Schweiz als Ganze und in ihren vielfältigen internationalen Bezügen wahr.
- o Die Schweizer Grenze überquerende Menschen tragen seit jeher zur kulturellen Vielfalt und Stärke der Schweiz bei, was politisch endlich anerkannt werden muss.
- o Sie haben berechnete politische, soziale und kulturelle Anliegen und können diese dank ihren mannigfachen Erfahrungen am besten selber in die Politik einbringen.